

Gunther Hellmann¹

„...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können.“

**Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung
in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-
Fischer**

„Es sind – ich bin stolz darauf – gute Jahre für unser Land [gewesen], Jahre, die unser Land nach innen liberaler, toleranter, sicherer und demokratischer gemacht haben und nach außen selbstbewusster, freier und geachteter“ (Schröder 2005: 17469A).

„Deutschland ist in dieser Zeit [1998-2005] ein anderes Land geworden. [...] Es ist uns heute klarer, wer wir Deutschen eigentlich sind. Außenpolitisch zum Beispiel, eingebettet in Europa und den Westen, eine selbstbestimmtere Nation. Auf all das können wir Rot-Grünen stolz sein. Deutschland ist, insgesamt gesehen, ein wunderbares Land. Dass einer mit meiner Geschichte so etwas heute sagt, erzählt doch einiges“ (Fischer 2005).

„Yes, there were times, I'm sure you knew
When I bit off more than I could chew
But through it all, when there was doubt
I ate it up and spit it out
I faced it all and I stood tall and did it my way.“²

1 „My Way“ – Eine Einführung

Die zweite Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer begann am 5. August 2002 und sie endete am 8. September 2005. Diese von der offiziellen Periodisierung

¹ Für Unterstützung bei der Recherche und technischen Gestaltung sowie hilfreiche Kommentare danke ich Christoph Lunkenheimer, Gabi Schlag und Christian Weber; wichtige Anregungen gab ferner Benjamin Herborth.

² Dritte Strophe des Liedes „My Way“ von Frank Sinatra. Gerhard Schröder hatte sich unter anderem dieses Lied zu seinem Abschied als Bundeskanzler im Rahmen eines feierlichen Großen Zapfenstreiches des Stabsmusikkorps der Bundeswehr am 19. November 2005 gewünscht.

(18.10.2002 bis 22.11.2005) abweichende Zeitmessung gilt zumindest dann, wenn man zwei Daten benennen möchte, die für die Charakterisierung der Außenpolitik der zweiten rot-grünen Regierung besonders aussagekräftig sind. Am 5. August 2002 eröffnete der Bundeskanzler mit einer Rede auf dem Opernplatz in Hannover offiziell die heiße Phase des Wahlkampfs seiner Partei. Erstmals schien dabei das zentrale Thema der folgenden Wochen auf: der „deutsche Weg“, der, so der Bundeskanzler, ein Kennzeichen sozialdemokratischer Innen- und Außenpolitik sein und vor allem in einer deutlichen Opposition gegenüber „Spielereien mit Krieg und militärischer Intervention“ im Irak zum Ausdruck kommen sollte (Schröder 2002b³). Die Folgen sind weitgehend bekannt. Das zweite Datum, der 8. September 2005, ist zur Charakterisierung der rot-grünen Außenpolitik nicht weniger markant. An diesem Tag – zehn Tage vor der vorgezogenen Bundestagswahl und sechs Wochen früher als ursprünglich geplant – unterschrieben der russische Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder einen Vorvertrag über den Bau einer Gaspipeline, die vom russischen Wyborg nach Greifswald verlaufen soll. Pikant war diese Entscheidung vor allem deshalb, weil sich Polen und Balten von den Deutschen ausgeschlossen sahen und fürchteten, zukünftig erpresserischer Willkür der russischen Seite ausgesetzt zu sein. Jedenfalls spiegelten die in polnischen Medien gewählten Schlagworte („Schröder-Putin-Pakt“ bzw. „neues Rapallo“ (Donath/Lesser 2005)) eine merkliche Bedrohungswahrnehmung wider.

So unterschiedlich diese beiden Ereignisse auf den ersten Blick erscheinen mögen und so bedeutsam einige Unterschiede im Detail auch tatsächlich sind, so sehr verbindet sie doch ein roter Faden: Beide markieren die Eckpunkte einer forcierten *Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung*. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung lassen sich bis in die Regierungszeit Helmut Kohls zurückverfolgen. Nach dem Amtsantritt von Gerhard Schröder im Jahr 1998 (und vor allem in seiner zweiten Amtszeit) hat sich dieser Prozess jedoch merklich beschleunigt. In diesem Beitrag wird die These einer Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung in der deutschen Außenpolitik in der notwendigen Kürze entfaltet und diskutiert. Zu einem nicht unwesentlichen Teil werden die damit einhergehenden Veränderungen am Individuum Gerhard Schröder festgemacht.

Im nächsten Abschnitt werde ich zunächst die bislang vorgelegten Bilanzierungen rot-grüner Außenpolitik zusammenfassen und auf mögliche Gemeinsam-

³ Aus dieser Rede zum Wahlkampfauftakt am 5. August 2002 stammt auch das Zitat aus dem Titel dieses Beitrags: „Es ist wahr, wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg, und wir haben viel geschafft, aber wir haben noch nicht alles erreicht. Deshalb denke ich, dass wir die Erneuerung unseres Mandats brauchen, um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können.“ Vgl. auch Schröders Artikel in der „Bild“-Zeitung ‚Meine Vision von Deutschland‘ (Schröder 2002c).

keiten und Unterschiede hin untersuchen. In einem zweiten Schritt werde ich die These der Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung systematischer entfalten und mit drei kurzen Beispielen aus der zweiten Amtszeit von Rot-Grün illustrieren. Eine mögliche Erklärung dieser Entwicklung, die auf eine Kombination struktureller wie auch akteursbezogener Faktoren abhebt, steht im Mittelpunkt des vierten Abschnitts. Im abschließenden Ausblick wird der Versuch unternommen, die außenpolitische Bilanz der Regierung Schröder in einen größeren Kontext einzuordnen und insbesondere der Frage nachzugehen, welche Änderungen sich aus welchen Gründen als dauerhaft erweisen könnten.

2 Bilanz der Bilanzen

Wenn man bedenkt, dass die Außenpolitik eines der großen Themen war, mit denen die rot-grüne Bundesregierung meinte, im Wahlkampf 2005 punkten zu können⁴, ist es bemerkenswert, wie stark diese strategische Wahlkampfausrichtung vom Urteil der Wähler wie auch der professionellen Beobachter in den Medien abweicht. Nach Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach stufen im Jahr 2002 noch 50 Prozent der Deutschen die deutsche Außenpolitik als erfolgreich ein. Im Frühjahr 2005 stimmten dem nur noch 24 Prozent zu. Demgegenüber hatte sich der Anteil derjenigen, die die deutsche Position in der Welt verschlechtert sahen, von 9 auf 31 Prozent mehr als verdreifacht (Allensbach 2005). Ein ähnliches Bild ergibt die Bilanzierung der zweiten Amtszeit, wie sie beispielsweise von den Printmedien vorgenommen wurde. Zwar unterscheidet sich die Terminologie und an manchen Stellen auch die Gesamteinschätzung, insgesamt ähneln sich die Bilanzen aber in einem überraschenden Maße. Dies ist umso erstaunlicher, als das Spektrum der Stimmen vom rechts-konservativen Lager („Junge Freiheit“) bis zur Linken („tageszeitung“, „Frankfurter Rundschau“) reicht.⁵

⁴ Im Fernsehduell mit seiner Herausfordererin Angela Merkel am 4.9.2005 hob Gerhard Schröder seine Außenpolitik zweimal als Argument für eine Wiederwahl hervor, u.a. mit den Worten: „Ich bitte um Vertrauen für [...] eine Politik nach außen, die Deutschland positioniert hat als mittlere Macht des Friedens, die dafür gesorgt hat – ich habe dafür manche Kritik einstecken müssen – dass Deutschland z.B. aus dem Irakkrieg herausgehalten wird.“ Vgl. zum Wortlaut des Fernsehduells http://bz.berlin1.de/aktuell/news/bundestagswahl2005/050905/Duell_Seite_1_275_Zeilen.I4SK6D6.html [15.3.2006].

⁵ Für die Zwecke dieses Beitrages wurde eine systematische Recherche vorgenommen, die Medienberichte von Juli bis Dezember 2005 einbezog, die die Außenpolitik der rot-grünen Regierung in der einen oder anderen Form bilanzierten. Auf umfassendere politikwissenschaftliche Arbeiten konnte dabei noch nicht zurückgegriffen werden.

Vier Aspekte stechen bei diesen Bilanzen hervor. Erstens besteht weitgehender Konsens dahingehend, dass die *Bilanz insgesamt mager* ausfällt.⁶ Ob die Stichworte nun bestimmte Problemfelder betreffen (z.B. Europapolitik, Sicherheitspolitik, Menschenrechtspolitik), bilaterale Beziehungen (USA, Frankreich, Russland oder Polen) oder übergreifende Aspekte, die zumeist unter dem Begriff des außenpolitischen „Stils“ abgehandelt werden – das Gesamturteil läuft zumeist darauf hinaus, dass die rot-grüne Regierung auf die neuen Anforderungen alles in allem keine angemessenen Antworten gegeben hat: „Ob man sie realpolitisch oder idealistisch betrachtet, nach der Macht- oder nach der Moralseite hin, es fällt schwer, die rot-grüne Außenpolitik am Ende dieser sieben Jahre als Erfolg darzustellen“, meinte etwa Jan Ross in der „Zeit“ (Ross 2005). In der „taz“ pflichtete Claus Leggewie (2005) diesem Urteil im Wesentlichen bei. „Unterm Strich“ sei die Außenpolitik der rot-grünen Koalition zwar „besser als ihr Ruf“, woran sich eine solche Bilanz jedoch im Einzelnen festmachen lässt, erläutert Leggewie nicht näher. Stattdessen entwickelt er eine längere Mängelliste, indem er u.a. darauf verweist, dass „eine Stärkung der Zivilmacht Deutschland ebenso ausblieb wie nachhaltige Initiativen in der globalen Umweltpolitik und Entwicklungszusammenarbeit.“ Dass sich in den letzten Jahren „das globale Spiel gründlich gewandelt“ habe, habe die rot-grüne Regierung nicht hinreichend begriffen und mit den Konsequenzen sei sie auch „nicht fertig geworden“:

„Indem Deutschland auch am Hindukusch verteidigt wird, hat sie [die rot-grüne Außenpolitik, GH] die Kultur der Zurückhaltung abgelegt und Augenhöhe mit Amerika reklamiert, ohne seiner Irak- und Nahostpolitik im Bund mit Paris und Moskau eine diplomatische Alternative entgegensetzen zu können. Gespielt und verloren: Der Sicherheitsratssitz dürfte eine Illusion bleiben, die Iran-Verhandlungen stecken in der Sackgasse, die Balkan- und Afghanistan-Missionen stehen auf der Kippe, und bei der Befriedung des Mittleren Ostens spielt Europa kaum eine Rolle. Scheitern dürfte schon die EU-Aufnahme der Türkei [...]. Auch daran zeigt sich: Die deutsch-französische Achse ist defekt, das neue Europa hat das wohlmeinende Kondominium von Paris und Berlin zurück gewiesen“ (Leggewie 2005).

Zu ähnlich negativen Gesamtbewertungen kommen auch Beobachter mit stärker „realistischem“ Blick. Richard Herzinger sieht zwar in der „Übernahme neuer weltpolitischer Verantwortung“ bei den militärischen Einsätzen in Kosovo und Afghanistan „ein bleibendes Verdienst“ der Regierung Schröder-Fischer, in der

⁶ Die Maßstäbe für dieses Urteil sind zwar nicht immer dieselben. So werden manchmal die von den Regierungsparteien ursprünglich genannten Ziele herangezogen, manchmal aber auch ein nicht explizit ausgewiesener normativer Maßstab der jeweiligen Autoren, wie deutsche Außenpolitik gestaltet sein sollte. Trotzdem fand sich kein Urteil, das in der Gesamtabwägung zu einem eindeutig positiven Votum gekommen wäre.

Zusammenschau bleibt aber für ihn neben einer „Mischung aus Selbstüberschätzung und Regression“ vor allem „der spielerhafte, surreale Zug“ kennzeichnend für die deutsche Außenpolitik. Auch die ansonsten selten übereinstimmenden Historiker Hans-Peter Schwarz und Hans-Ulrich Wehler sind sich in ihrem negativen Urteil über die Außenpolitik von Rot-Grün einig. Schwarz, der die Regierung Schröder in ihrer Anfangsphase sehr positiv bewertet hatte, sieht am Ende „ein Deutschland, das geschwächt und übermütig zugleich“ ist (Schwarz 2005: 315-316; vgl. auch 23-35; zur früheren Einschätzung vgl. Schwarz 1999). Wehler nimmt die Türkeipolitik und das Streben nach einem UN-Sicherheitsratsplatz sogar zum Anlass, Schröder „wilhelminische Großmannssucht“ vorzuhalten (Wehler 2005).⁷

Etwas ambivalenter fällt zweitens das Urteil aus, ob *Deutschlands Einfluss in der Welt* unter der Regierung Schröder-Fischer geschwunden oder gewachsen ist. Einige sehen hier trotz eines „gemischten Gesamtbildes“ „in der Summe [...] eine Gewichtszunahme, größere Unabhängigkeit und Souveränität“ (Pries 2005; vgl. noch stärker Schöllgen 2005a). Die Mehrheit neigt allerdings eher der Einschätzung des „Zeit“-Korrespondenten Ross zu, der „die implizite Annahme hinter dem Beifall für eine Politik des ‚Selbstbewusstseins‘“, dass nämlich „Deutschlands internationales Gewicht gewachsen“ sei, für „eine Legende“ hält. Viel spreche „im Gegenteil dafür, dass die Bundesrepublik an Bedeutung eingebüßt hat“. „Symbol- und Statuspolitik“ sei vor allem in der zweiten Amtszeit immer deutlicher in den Vordergrund gerückt und habe – bei aller vermeintlich stärker an „nationalen Interessen“ orientierten Außenpolitik – lediglich das „genuin außenpolitische Versagen“ überdeckt, dass Deutschland nicht eigenständiger und selbstbewusster, sondern „in Wahrheit abhängiger geworden“ sei (Ross 2005). Dass Deutschland „eine große Macht in Europa“ sei, wie Gerhard Schröder noch in seiner ersten Amtszeit in einem programmatischen Aufsatz formulierte,⁸ schien zum Ende seiner zweiten Amtszeit auch ihn selbst nicht mehr richtig zu überzeugen. Der Begriff der „Mittelmacht“ bzw. einer „mittleren Macht des Friedens“⁹ markierte nunmehr – zusammen mit der Anspielung auf

⁷ Zu einer ähnlich bemerkenswerten Konvergenz der Einschätzungen war es schon während der ersten Amtszeit Schröders zwischen den sich im Historikerstreit noch unversöhnlich gegenüberstehenden Michael Stürmer und Jürgen Habermas gekommen. Schon damals hatte Stürmer ein „Echo“ des „Wilhelminismus“ aus dem Kanzleramt vernommen (Stürmer 2002). Habermas hatte seinerseits bereits Anfang 1999 die „linksnationale Sinnverschiebung“ eines „ebenso medienempfindlichen wie normativ entkernten Kanzleramts“ gebrandmarkt und die „flotten nationalen Sprüche“ kritisiert, mit denen „der Kanzler [...] die verdutzten Leitartikler der FAZ ihrer Lieblingsfloskeln“ „enteignet“ habe (Habermas 1999).

⁸ „Deutschland (ist) gut beraten, sich selbst als eine große Macht in Europa zu sehen – wie es unsere Nachbarn längst tun – und seine Außenpolitik entsprechend auszurichten“; Schröder 1999: 394.

⁹ Vgl. Anm. 4.

die Fähigkeit, der Weltmacht USA getrotzt zu haben – einen reduzierten, aber doch nach wie vor deutlich sichtbaren weltpolitischen Gestaltungsanspruch. Distanzierte Beobachter, wie etwa der britische Historiker Timothy Garton Ash, schätzen die Mittelmacht Deutschland allerdings „eher mittelklein als mittelgroß“ ein (Krägenow 2005).

Auch wenn der Rang Deutschlands in der internationalen Machthierarchie unterschiedlich bewertet wird, so besteht drittens wiederum weitgehend Einigkeit, dass der rot-grünen Regierung *ein übergreifendes außenpolitisches Konzept* fehlte. Richard Meng zitiert in diesem Zusammenhang Joschka Fischer als Kronzeugen, der wiederholt sein Leid geklagt habe, „dass der Kanzler zuviel politischer Bauchmensch sei, dass Schröder immer nur machtorientiert und nie strategisch denken könne“ (Meng 2005). „Strategische Qualität“ ist daher selbst für Beobachter, die der rot-grünen Außenpolitik grundsätzlich wohlwollend gegenüber stehen, „ein Prädikat, das man Schröderscher Politik nur in Führungsstrichen zubilligen“ kann (Pries 2005). Viel zu sehr sei Außenpolitik „situativ“ (Pries 2005) und „ohne erkennbaren Plan und Vision“ (Malzahn 2005; vgl. auch Perger 2005) entwickelt worden.

Viertens schließlich argumentieren die meisten Beobachter, dass sich deutsche Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung *wesentlich verändert* hat. Zwar gehen nur wenige so weit wie Nikolas Busse, für den sich die rot-grüne Bilanz in der Rückschau „zur radikalsten Neuausrichtung der deutschen Diplomatie seit 1949“ summiert (Busse 2005; vgl. auch Hacke 2005: 10, der von einem „revolutionären Wandel“ spricht). In den Grundtenor weitreichender Veränderung stimmt jedoch die überwiegende Mehrheit der Beobachter ein.¹⁰ Die am meisten zu vernehmenden Schlagworte, die diese Veränderung charakterisieren, sind üblicherweise Begriffe wie „Normalisierung“ (vgl. Bahr 2004, Winkler 2005), „erwachsen werden/machen“ (Klau 2005) oder das Konzept „nationaler Interessen“, das Gerhard Schröder selbst gerne mit dem Begriff „Selbstbewusstsein“ verknüpfte. Die Sympathisanten der Regierung Schröder-Fischer sehen in dieser Veränderung eine „Rekonstruktion der (deutschen) Souveränität“ (Pries

¹⁰ Eine der wenigen Ausnahmen bildet Gregor Schöllgen. Keine andere Stimme vertritt so vehement die These, dass Schröder „die gewachsene außenpolitische Tradition der Bundesrepublik“ im Wesentlichen fortgesetzt habe. Sofern er sie veränderte (Schöllgen spricht hier allerdings lediglich von „erweitern“), sei es lediglich darum gegangen, sie an die „Gegebenheiten“ „anzupassen“ und „die Deutschen so auf den Boden der neuen weltpolitischen Wirklichkeit“ zu führen (Schöllgen 2005a: 8). Schöllgen hatte sich bereits früh als ein Befürworter des machtpolitischen Kurses Schröders zu erkennen gegeben (vgl. Schöllgen 2003). Dies war insofern konsequent als er seit langem eine machtpolitische Renaissance angemahnt hatte (vgl. u.a. Schöllgen 1993). Auch wenn er somit der These einer weitreichenden Veränderung deutscher Außenpolitik widerspricht, stützt seine Beschreibung in der Substanz trotzdem die hier vertretene These einer Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung.

2005) bzw. ein „selbstbewusstes Heranführen der Deutschen an die gewöhnungsbedürftigen Realitäten der neuen Weltordnung“ (Schöllgen 2005b). Bei aller Kritik im Detail meinen sie auch, dass es Rot-Grün insgesamt gelungen sei, „in einer stark veränderten Welt eine deutsche Weltpolitik mit Maß und Ziel ins Werk zu setzen“ (Leggewie 2005). Diesem Urteil kann sich tendenziell sogar die rechtskonservative „Junge Freiheit“ anschließen, die einerseits zwar keinen Hehl macht aus ihrer Ablehnung der 1968-Generation („faule Spätfrucht des westdeutschen Teilstaates“), die Schröder andererseits aber auch zugute hält, dass er „nach Kohl immerhin eine Abwechslung“ brachte (Neujahr 2005). Zudem nahm die „Junge Freiheit“ Schröder wiederholt gegen den Vorwurf des „Wilhelminismus“ in Schutz und lobte seine „Unbefangenheit“ in der Durchsetzung nationaler Interessen (Griesbach 2005; Busch 2005; vgl. bereits früher Ströhm 2003). Die Kritiker hingegen sehen hinter den neuen außenpolitischen Schlagworten in der Summe lediglich eine Veränderung hin zu „gefühlter Außenpolitik, einer Stimmung“, die den Deutschen suggerieren sollte, „dass die Bundesrepublik [...] einen Kopf größer“ geworden sei. Die frühere „Bereitschaft zum Traditionsbruch“, die in der Kriegsteilnahme im Kosovo und in Afghanistan zum Ausdruck kam, habe zwar in der Tat eine „Zäsur“ markiert. Am Ende sei aber viel auffälliger, dass „unter Schröder etwas Unernstes, Spielerisches in die Außenpolitik eingezogen [ist], in geradezu provozierendem Gegensatz zur sorgenvollen Umsicht der alten Bundesrepublik.“ Von „kluger Interessenpolitik“ könne nicht die Rede sein, wenn man die einzelnen Positionierungen abwäge, wohl aber von einer Fixierung auf „Symbol- und Statuspolitik“, die vor allem signalisieren wollte, „dass man seinen eigenen Kopf hat und sich nicht herumkommandieren lässt“ (Ross 2005).

Auch die zuletzt zitierte Kritik mag sich zwar (ins Positivste gewendet) noch unter den eingangs zitierten Selbstcharakterisierungen der Protagonisten von Rot-Grün zusammenfassen lassen – dass sich also Deutschland am Ende von Rot-Grün als „eine selbstbestimmtere Nation“ (Fischer) präsentierte, die „selbstbewusster“ und „freier“ (Schröder) auftrat. In den gängigen Bilanzen rot-grüner Außenpolitik findet dies allerdings wenig Widerhall. Dass Deutschland als Folge rot-grüner Außenpolitik in der Welt mehr „geachtet“ sei (Schröder), mag insofern gelten, als die Opposition gegen den Irak-Krieg der Bundesregierung große Sympathien in jenen Gesellschaften eingetragen hat, die (wie etwa große Teile der arabischen Welt) entweder schon immer stark anti-amerikanische Stimmungen pflegten oder deren Regierungen trotz beträchtlicher Widerstände im Innern den Kurs der Regierung Bush stützten. Diese Art der Achtung speiste sich allerdings vorrangig aus einer Konvergenz von Feindbildkonstruktionen. Ähnlich bedenkenswert ist auch die Tatsache, dass sich unter den Unterstützern des neuen machtpolitischen Kurses nicht nur die (in gewisser Weise verpflichteten) Partei-

gänger von Rot-Grün, sondern auch zahlreiche rechtskonservative Kräfte aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“ fanden, denen insbesondere die Renaissance des Nationalen und die Auflehnung gegenüber den USA imponierte.

3 Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung: Eine idealtypische Präzisierung und drei illustrative Beispiele

Wenn diese vier Aspekte – dass die Bilanz von Rot-Grün insgesamt mager ausfällt, dass Deutschlands Einfluss in der Welt in den letzten vier Jahren tendenziell abgenommen hat, dass dies zumindest in Teilen auf ein fehlendes außenpolitisches Gesamtkonzept der rot-grünen Bundesregierung zurückzuführen ist, und dass sie in der Summe trotzdem weiterreichende Veränderungen in der Ausrichtung deutscher Außenpolitik bewirkt hat als die meisten ihrer Vorgängerregierungen – wenn also diese vier Aspekte eine angemessene Bilanz der Bilanzen darstellen, dann fällt es nicht leicht, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Bilanzierer unterschiedliche Maßstäbe anlegen und diese zudem selten explizieren. Wenn etwa die selbst gesetzten Ziele von Rot-Grün (wie sie sich beispielsweise in der Koalitionsvereinbarung spiegelten) zum Maßstab genommen werden, wird das Ergebnis unweigerlich anders ausfallen, als wenn ein bestimmtes normatives Verständnis angemessener Außenpolitik – also etwa ein Ideal „Bonner“ oder „realistischer“ Außenpolitik – als Referenz gewählt wird. Hinzu kommt, dass sich die in den Medien-Bilanzierungen häufig benutzten Begriffe und Charakterisierungen nur begrenzt für eine um analytische Distanz bemühte politikwissenschaftliche Reflexion eignen. Dies gilt für viele zentrale Begriffe und Metaphern – wie etwa „Normalität/Normalisierung“, „Selbstbewusstsein“, „Erwachsen-Werden“ oder „Verantwortung übernehmen“. Sie gehören mittlerweile genauso zum Kernbestandteil des außenpolitischen Sprachspiels der „Berliner Republik“, wie ihre Vorgänger – „Kultur der Zurückhaltung“, „außenpolitische Bescheidenheit“ oder „Befangenheit“ – zu den inzwischen verlernten außenpolitischen Sprachspielen der „Bonner Republik“. Die unzweifelhafte politische Kraft und bedeutungsstiftende Zentralität dieser Begriffe zeigt sich zudem darin, dass sie im außenpolitischen Diskurs ständig auftauchen und sowohl Experten wie auch Laien zumeist ziemlich genau wissen, was gemeint ist, wenn sie gebraucht werden.

All dies soll nicht in Abrede gestellt werden. Die Grenzen dieser Begriffe werden allerdings schnell deutlich, wenn es darum geht, die letzten drei Jahre rot-grüner Außenpolitik einer *systematischen* Bewertung zu unterziehen. Für eine diesem Anspruch genügende, angemessene Beschreibung der Erträge rot-grüner Außenpolitik reicht das Alltagsvokabular des außenpolitischen Diskurses nicht

aus. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Alternativen unstrittig wären. Das Gegenteil ist der Fall, wie schon ein schneller Blick in die fachinternen Diskussionen zeigt, die sich um *Machtpolitik* und *Zivilisierungspolitik* ranken – jene beiden Begriffe die die nachfolgende Analyse anleiten. Allerdings liegt der Vorteil einer systematischen Vorgehensweise darin, dass Kriterien und Indikatoren benannt werden müssen, die eine Überprüfung (und damit Anfechtung) ermöglichen.

Im Folgenden werde ich vor dem Hintergrund der Medien-Bilanzierungen zunächst eine (fach-)begrifflich zugespitzte Interpretation rot-grüner Außenpolitik skizzieren, die diese leicht dissonanten, insgesamt aber in dieselbe Richtung weisenden Bilanzen in einer kohärenten *Beschreibung* zu bündeln versucht. Im Kern läuft diese Beschreibung auf die These hinaus, dass in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün ein bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichender Prozess zunehmender machtpolitischer Selbstbehauptung deutscher Außenpolitik auffallend forciert wurde (vgl. auch Hellmann 2004a sowie zur Zeit vor 1998 Hellmann 2006a). Machtpolitische Selbstbehauptung bezeichnet hier einen weitreichenden Wandlungsprozess des internationalen Akteurs „Deutschland“, der sich in veränderten außenpolitischen Praktiken spiegelt. Wenn man – entgegen gängiger disziplinärer Konventionen – zwei aufeinander bezogene Idealtypen, nämlich Machtpolitik und Zivilisierungspolitik, auf einem Kontinuum abbilden wollte, dann ließen sich die Entwicklungen der letzten Jahre als „Wanderung“ von einem zivilisierungspolitischen zu einem machtpolitischen Pol beschreiben. Diese Wanderung war jedoch weder rein voluntaristisch getrieben, noch ausschließlich strukturell determiniert. Vielmehr ergab sie sich aus dem Wechselspiel zwischen veränderten Zielen des kollektiven Akteurs Deutschland einerseits und veränderten Anreizen und Zwängen seines innerstaatlichen und internationalen Umfeldes andererseits. In einem zweiten Schritt werde ich eine *Erklärung* für diese Entwicklung vorschlagen, die im Wesentlichen auf eine wechselseitige Verstärkung kausaler Faktoren auf unterschiedlichen Analyseebenen rekurriert.

Die These der forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung basiert auf einer idealtypischen Unterscheidung zweier Typen von Außenpolitik, die sowohl an den außenpolitischen Diskurs in Deutschland (vgl. Hellmann 1996; Peters 2001) wie auch an theoretische Debatten in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen (vgl. Harnisch/Maull 2001 und Ritterberger 2001) anschlussfähig ist.¹¹ Wenn man die Charakteristika beider Idealtypen wie in Tabelle 1 umschreibt, lässt sich insbesondere für die zweite Amtszeit von Rot-Grün eine deutliche Zunahme solcher Handlungsmuster nachweisen, die

¹¹ Als dritten Typus könnte man sich einen dem Modell des Handelsstaates entsprechenden Typus vorstellen, der auf primär ökonomische Nutzenmaximierung abhebt. Vgl. zum hierzu Rosecrance 1987 sowie Staack 2006.

dem Typus der Machtpolitik entsprechen. Aus Platzgründen kann dies an dieser Stelle nicht im Detail empirisch illustriert werden. Das Kernargument soll allerdings an drei Beispielen kurz skizziert werden: der deutschen Politik in der Irak-Krise, dem deutschen Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sowie der Vereinbarung einer Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland.¹²

Die Irak-Krise im Vorfeld des US-amerikanischen Angriffes ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Bundesregierung dem Verbündeten USA nicht nur die Gefolgschaft verweigerte, sondern an entscheidender Stelle sogar den Widerstand gegen den US-Kurs organisierte. Kurz zusammengefasst ging es um die Frage, wie sich Deutschland zu der Möglichkeit verhalten sollte, dass die USA den seit langem anhaltenden Konflikt mit Saddam Hussein entweder im Rahmen der Vereinten Nationen oder gemeinsam mit „willigen“ Verbündeten militärisch eskalieren könnten. Diese Frage lag bereits seit dem Amtsantritt George W. Bushs im Bereich des Möglichen, spitzte sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 allerdings merklich zu und nahm ab Sommer 2002 die Form konkreter Kriegsvorbereitungen an (vgl. zu den Hintergründen Hedtstück/Hellmann 2003; Hacke 2003; Dalgaard-Nielsen 2003; Bouras/Longhurst 2004; Szabo 2004; Harnisch 2004; Forsberg 2005). Die Bundesregierung hatte sich zu solchen Szenarien bereits frühzeitig ablehnend positioniert, eine harte Position ohne vorherige diplomatische Sondierungen mit der Bush-Administration allerdings erst im Sommer 2002 mit Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes bezogen – und damit wohl auch die Wahl entgegen allen Erwartungen im letzten Moment für sich entschieden¹³. Diese Position wurde Anfang 2003 sogar noch verschärft, als Rot-Grün nach knapper Bestätigung in den Wahlen nicht nur eine zentrale Rolle bei der Formierung einer Ablehnungsfront gegen den Kriegskurs Bushs spielte (Szabo 2004: 35-44), sondern eine Unterstützung militärischer Maßnahmen selbst für den Fall ausschloss, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diese autorisieren würde. Ziel war also nicht eine Stärkung der Vereinten Nationen, sondern die Optimierung der Gegenmachtbildung gegen die USA. Selbst jene Beobachter, die (wie etwa Hanns Maull) die Kontinuität einer zivilisierungspolitischen Grundausrichtung deutscher Außenpolitik zu Beginn der rot-grünen Koalition konstatierten, sahen in

¹² Diese Beispiele ließen sich durch andere aus dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik oder auch aus dem Feld der Europapolitik ergänzen (vgl. Hellmann 2004a und 2006a). Da es allerdings in diesem Band einen eigenen Beitrag zur deutschen Europapolitik gibt, konzentriere ich mich hier auf den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik im engeren Sinne.

¹³ Untersuchungen von Wahlforschern kommen nach Abwägung verschiedenster Faktoren zu dem Schluss, dass stärker noch als die Elbe-Flut vor allem die Opposition gegen einen mögliche Intervention der USA im Irak zu einem Stimmungsumschwung zugunsten von Rot-Grün führte, vgl. Quandt 2005 und Ohr/Rosar 2005.

diesem Vorgehen einen „unilaterlistischen Sündefall“ sowie eine „eindeutige Abkehr vom Zivilmächtskonzept“ (Mauil 2004: 17, 20-21).

Tabelle 1: Die Idealtypen „Machtpolitik“ und „Zivilisierungspolitik“¹⁴

	Machtpolitik	Zivilisierungspolitik
Vorrangiges Ziel (national-)staatlicher Außenpolitik	„Idee der Selbstbehauptung (ist) dem Staat das Höchste“ (Treitschke 1897: 100)	Verlässliche Befriedung der internationalen Beziehungen
„Weltbild“	- Staatensystem ist historisch gewachsen, seine veränderungsresistenten Reproduktionsmechanismen (Vormachtstreben der Staaten, Krieg etc.) machen es unwahrscheinlich, dass es grundlegend transformiert werden kann	- Konzentration der Zerstörungspotenziale unter (national-) staatlicher Verfügungsgewalt ist eine historische Entwicklungsphase, die analog zur Transformation des Naturzustandes durch einen (Welt-) Gesellschaftsvertrag überwunden werden kann
Ausdrucksformen	- Streben nach Autonomie und Autarkie (d.h. Maximierung politischer und ökonomischer Unabhängigkeit) bei gleichzeitiger Maximierung (national-) staatlichen Einflusses auf andere Staaten bzw. internationale Prozesse	- Bereitschaft zur Förderung wechselseitiger politischer und ökonomischer Abhängigkeit, insbesondere durch den Transfer von Souveränität auf überstaatliche Institutionen
	- Akkumulierung von Machtressourcen (z.B. Streitkräfte etc.) und Gegenmachtbildung gegenüber potenziellen Hegemonen	- Einsatz für sanktionsbewehrte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen
	- Akzentuierung der Differenz zwischen national(staatlich)en und internationalen/globalen Interessen zugunsten ersterer	- Orientierung an universell gültigen Werten, die einem System von (National-) Staaten eine rechtlich verfasste Weltgesellschaft gegenüberstellt
	- Bilateralisierung zwischenstaatlicher Beziehungen	- Multilateralisierung der internationalen Politik

¹⁴ Aus Platzgründen kann an dieser Stelle die Herleitung dieser Typen nicht detailliert entfaltet werden. Vgl. allerdings für den Idealtypus „Machtpolitik“ Treitschke 1897; Aron 1986 (1962): 676-692; Waltz 1979 und Mearsheimer 2001. Für den Typus „Zivilisierungspolitik“ vgl. u.a. Mauil 1990-91, 1992; Ruggie 1993; Senghaas 1994; Habermas 2004.

Im zweiten Fall – dem forcierten Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat – ist es noch offensichtlicher, dass sich die Bundesregierung allein wegen der Aussicht einer machtpolitischen Statusaufwertung Deutschlands von der alten Linie verabschiedete, dass Deutschland grundsätzlich keinen nationalen, sondern einen gemeinsamen Sitz für die Europäische Union favorisierte (vgl. zur Geschichte Andreae 2002). Aus Berliner Perspektive schien sich im Frühjahr 2004 im Anschluss an den Irak-Krieg sowie im Vorgriff auf eine seit längerem geplante grundlegendere UN-Reform ein „Zeitfenster“ zu öffnen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit zumindest stillschweigender Duldung ihrer jeweiligen Vorgesetzten begannen Mitarbeiter der Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes im Mai 2004 eine Kampagne, an deren Ende man in den Vereinten Nationen „finster entschlossen“ und notfalls auch in einer Kampf abstimmung (Lohse 2004) einen nationalen ständigen Sitz durchsetzen wollte. Diese Kampagne war vom Apparat des Auswärtigen Amtes seit langem vorbereitet und von dem erfahrenen deutschen UN-Botschaftern Gunter Pleuger geschickt inszeniert worden (vgl. Hellmann 2004b). Gemeinsam mit anderen vermeintlich aussichtsreichen Kandidaten sollte in einer ausgeklügelten Strategie in der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Boden bereitet werden, so dass es dem zwischenzeitlich wichtigsten Gegner der deutschen Pläne, der Bush-Administration, letztlich unmöglich werden würde, die Berliner Pläne zu stoppen (vgl. Hellmann/Roos 2006). Dass im Zuge dieses Vorgehens nicht nur die ansonsten übliche Favorisierung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik in ihr Gegenteil verkehrt wurde, sondern auch ein harter Konflikt mit dem Verbündeten Italien in Kauf genommen wurde, unterstreicht die Bedeutung, die die Bundesregierung diesem Prestigeprojekt beimaß.

Das dritte Beispiel, das deutsch-russische Erdgaspipelinegeschäft, ist hinsichtlich seiner machtpolitischen Implikationen etwas ambivalenter zu beurteilen, fügt sich am Ende aber doch in das Gesamtbild der Renaissance machtpolitischen Selbstbehauptung ein. Im Kern geht es um den Bau einer Erdgaspipeline durch die deutschen Konzerne E.ON/Ruhrgas und BASF sowie den russischen Energiekonzern Gasprom über die Ostsee von Wyborg an der russisch-finnischen Grenze nach Greifswald (vgl. Götz 2006). Die Pläne für dieses Projekt gehen bis in die 1990er Jahre zurück und beziehen eine Reihe westeuropäischer Staaten und Firmen mit ein, die sich neben E.ON/Ruhrgas und BASF für den Bau der Pipeline interessierten (vgl. Götz 2005). Nüchtern betrachtet, läuft das Geschäft auf eine Diversifizierung der Energielieferungen aus Russland für Deutschland und die westeuropäischen EU-Staaten hinaus. Aus diesem Grund hatte sich im Dezember 2000 auch die Europäische Union für dieses Projekt ausgesprochen. Diversifizierung bedeutet umgekehrt aber auch, dass neue EU-Mitglieder wie Polen und die baltischen Republiken (aber auch Staaten wie Bela-

rus und die Ukraine) als potenzielle Transitländer an Bedeutung verlieren. Die neue Pipeline ändert somit nichts am Ausmaß der deutschen und westeuropäischen Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland, wohl aber vermindert sie sowohl die Abhängigkeit Russlands wie auch Deutschlands von Transitrouten durch Polen/Belarus bzw. Ukraine. Die Bedeutung dieser Veränderung stellt sich dabei jeweils unterschiedlich dar, je nachdem aus welcher Perspektive man dies betrachtet. Für Bundeskanzler Schröder war entscheidend, dass Deutschland sich mit diesem Vertragsabschluss „einen Großteil seiner Energieversorgung auf Jahrzehnte“ sichern konnte. Die Pipeline sei „gegen niemanden gerichtet“, sondern diene allein „deutschen Interessen und russischen Interessen. Ich wüsste nicht, was daran falsch sein sollte“ (Agence France Presse 2005). Wenn man das Ganze unter rein geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet, kann man allerdings auch zu dem Schluss kommen, dass die Pipeline hilft, „möglichen Erpressungsversuchen“ Polens vorzubeugen, wie es in Presseberichten hieß (vgl. Ehlers 2005). Umgekehrt liefert die Pipeline (gewollt oder ungewollt) Munition für die Argumente derjenigen in Polen und den baltischen Staaten, die eine russisch-deutsche Kooperation über ihre Köpfe hinweg und potenziell zu ihren Lasten fürchten (vgl. Lang 2005a, 2005b).

In allen drei Beispielen sind Praktiken beobachtbar, die klar dem Typus Machtpolitik zuzuordnen sind: Fast immer handelte es sich um eine eng an „nationalen Interessen“ orientierte Politik, die von Prestigedenken und machtsstrategischen Kalkülen angetrieben war und selbst in jenen Fällen, in denen eine Koordination mit engen Verbündeten gleichsam instinktiv über vorhandene institutionelle Mechanismen nahe lag, einen unilateralen, den eigenen Vorteil maximierenden Kurs beschritt. Allerdings stellten sich die Handlungsspielräume der Bundesregierung unterschiedlich dar. Im Irak-Fall waren die Hürden für eine Abkehr vom Widerstandskurs gegen die Bush-Administration deshalb hoch, weil Gerhard Schröder selbst die Messlatte im Wahlkampf sehr hoch gelegt hatte und zudem George Bush seinerseits keine Anstrengungen unternahm, ihm eine Kursänderung zu erleichtern. Trotzdem gab es vor den neuen außenpolitischen Weichenstellungen nach den gewonnen Bundestagswahlen mehrere Möglichkeiten für Schröder, zu einem zurückhaltenderen zivilisierungspolitischen Kurs zurückzukehren – beispielsweise dadurch, dass die Bundesregierung nicht den ohnehin aussichtslosen Widerstand gegen die Politik Bushs, sondern die Unterstützung eines gemeinsamen Vorgehens in den Vereinten Nationen in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt hätte. Im Falle des Erdgaspipeline-Geschäfts ist zu berücksichtigen, dass neben der Bundesregierung wichtige private Akteure involviert waren, die das Geschäft u.a. mit dem Argument vorantrieben, dass andere einspringen würden, wenn die Deutschen sich nicht beteiligten. Doch auch hier hätte es Möglichkeiten gegeben, die Polen und Balten früher zu beteiligen, wenn

dies in Berlin nur politisch gewollt gewesen wäre. Im Blick auf die Handlungsspielräume der Bundesregierung ist der Fall des ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat am eindeutigsten, denn hier ließ sich weder auf externe noch interne Zwänge verweisen, die diesen Kurs unausweichlich machten. Ganz im Gegenteil lagen Alternativen auf der Hand, die die Traditionslinie „Bonner Außenpolitik“ fortgeführt hätten und klar dem Typus Zivilisierungspolitik zuzuordnen gewesen wären.

Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nicht behauptet werden, dass die Tendenz einer forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung alle Bereiche außenpolitischen Handelns erfasst hat, die im Sinne dieser Typologie sortiert werden könnten. Zweifelsohne gibt es auch Bereiche, in denen das außenpolitische Handeln von Rot-Grün entweder eher oder sogar eindeutig dem Typus der Zivilisierungspolitik gleicht. Hierzu zählen etwa umfassendere Initiativen wie der umfangreiche Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom Mai 2004, in dem strategische Konzepte und konkrete Maßnahmen benannt werden, die die Bundesregierung entweder bereits umgesetzt hat oder umsetzen will, um der wechselseitigen Bedingtheit von Frieden und Stabilität einerseits und Entwicklung und Wohlstand andererseits Rechnung zu tragen.¹⁵ Diese politischen Akzente prägen das Gesamtbild allerdings weit weniger stark, zumal sie als neuere politische Programmatik noch nicht einem längeren Implementierungstest unterzogen werden können. Hinzu kommt, dass sich ohne große Probleme weitere Beispiele in ähnlich prominenten Feldern deutscher Außen- und Europapolitik benennen ließen, in denen sich das Muster einer forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung ebenfalls beobachten lässt (vgl. Hellmann 2006a). Insofern erscheint es angemessen, als große Linie der Entwicklung deutscher Außenpolitik unter Rot-Grün die Umsetzung jener Empfehlungen zu identifizieren, die einer der wichtigsten außenpolitischen Berater Gerhard Schröders, Egon Bahr, bereits 1998 formuliert hatte – die Empfehlung, dass Deutschland „wieder machtgewohnt werden“ müsse, weil „Machtgewöhnung“ nur „ein anderes Wort für Normalität“ sei (Bahr 1998: 18).

¹⁵ Vgl. Bundesregierung 2004, dort insbesondere das im Anhang (S. XVI-XVII) aufgeführte „Gesamtkonzept der Bundesregierung: „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Vgl. auch Auswärtiges Amt (2006) und den dort erwähnten, aber (noch) nicht veröffentlichten Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans während der vorangegangenen ersten zwei Jahre unter dem Titel „Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken“.

4 Ein Fall von Überdeterminiertheit? Versuch einer Erklärung

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Zur Lokalisierung von Kausalität verweist das gängige disziplinäre Instrumentarium üblicherweise auf mehrere Ebenen: das internationale System, die Ebene des Staates (die ihrerseits in unterschiedliche Teilebenen wie beispielsweise die Regierung, den bürokratischen Apparat oder den gesellschaftlichen Diskurs verweisen) und die Ebene des Individuums. Auf allen diesen Ebenen lassen sich Faktoren identifizieren, die zur Erklärung herangezogen werden können (und sollten). In diesem Beitrag können sie allerdings nur skizziert werden. Eine systematische Prüfung (z.B. durch detaillierte Belege sowie die Diskussion möglicher konkurrierender Erklärungen) kann nicht vorgenommen werden. In diesem Sinne soll der Beitrag lediglich erste Vermutungen anstellen, die zu einem späteren Zeitpunkt genauer untersucht werden könnten.

Das hier zugrunde gelegte Erklärungsmodell basiert auf einem interaktionistischen Verständnis internationaler Politik, d.h. der Annahme, dass sich sowohl Makrophänomene der internationalen Politik (z.B. die Herausbildung des westfälischen Staatensystems) wie auch Mikrophänomene der Außenpolitik (eine punktuelle außenpolitische Entscheidung eines Individuums) stets aus einem Wechselspiel zwischen strukturellen und akteursbezogenen Faktoren ergeben (vgl. zur empirischen Umsetzung Hellmann 2006a). Zu den strukturellen Faktoren wären in unserem Fall sowohl längerfristige Veränderungen im internationalen wie auch innerstaatlichen Umfeld zu rechnen, zu den akteursbezogenen Faktoren solche, die sich auf identitäre Veränderungen des kollektiven Akteurs Deutschland sowie individuelle Charakteristika herausragender Entscheidungsträger beziehen. Hinsichtlich ihrer zeitlichen Nähe zum Explanandum (forcierte machtpolitische Selbstbehauptung zwischen 2002 und 2005) reichen einige Faktoren bis 1989/90 zurück.

Im internationalen Umfeld lassen sich mehrere Veränderungen (wenn auch über längere Kausalketten) mit der forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung zwischen 2002 und 2005 in Verbindung bringen. Im Endeffekt handelt es sich hierbei zumeist um machtpolitische Verschiebungen im engeren und weiteren geographischen Umfeld Deutschlands, die einerseits alte Zwänge verschwinden ließen, die den Handlungsspielraum früherer (west)deutscher Außenpolitik einschränkten und die andererseits neue Anreize schufen, im Sinne eigener, im Lichte der neuen Lage veränderter Interessen auf die Neugestaltung des Umfeldes Einfluss zu nehmen. Da diese Rahmenbedingungen andernorts vielfach diskutiert wurden, werde ich mich hier auf Stichworte beschränken: Rückzug der Sowjetunion aus dem Zentrum Mitteleuropas; Zerfall des Warschauer Paktes bei gleichzeitigem Fortbestand der NATO unter veränderten Vorzeichen; Erweite-

zung von EU und NATO auf die unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands; Rückzug der USA bzw. Verlagerung des Schwerpunktes US-amerikanischer Außenpolitik in außereuropäische Regionen; neue Probleme in der europäischen Nachbarschaft, bei deren Bewältigung die USA nicht mehr in derselben überragenden Rolle teilnahmen wie während des Ost-West-Konflikts (z.B. Kriege auf dem Balkan); gesteigerte Führungserwartungen europäischer Nachbarstaaten an das vereinigte Deutschland. Zusammengenommen bedeutete dies, dass Deutschland nicht nur größer und von seinen früheren Verbündeten weit weniger abhängig, sondern auch erheblich sicherer – d.h. in traditionellen Kategorien gemessen mächtiger – geworden zu sein schien. Nach klassischem realisiertem Verständnis schuf daher bereits jeder einzelne der genannten Faktoren gewisse Anreize, die machtpolitische Praktiken im Sinne des oben genannten Idealtypus wahrscheinlicher machten. Dass sie vor 1998 weniger stark zum Ausdruck kamen, würden Realisten u.a. mit den Beharrungskräften etablierter Routinen erklären, die nicht zuletzt durch Personen verkörpert wurden, die außenpolitisch weitgehend in der alten Bundesrepublik sozialisiert worden waren und in deren herausragenden Charakteristika wichtige Voraussetzungen sowohl vergangener wie auch zukünftiger außenpolitischer Erfolge sahen. Zu diesen einflussreichen Individuen zählte insbesondere Helmut Kohl, der vor allem nach Hans-Dietrich Genschers Rücktritt im Mai 1992 nicht nur als außenpolitisch führungsstarker Kanzler, sondern auch als Verkörperung der wichtigsten „Bonner“ Tugenden galt.

Aus einem strukturellen Blickwinkel ist zum zweiten bedeutsam, dass mit der Vereinigung ein Prozess begann, der Deutschland in doppelter Hinsicht schwächte: der Aufbau Ost verschlang Jahr um Jahr hunderte Milliarden D-Mark, ohne dass sich jene Erfolge einstellten, die die politische Klasse versprochen hatte. Innenpolitisch wirkte sich dies unter anderem in einer zunehmend prekären budgetären Situation aus, die seit 1990 zu einer signifikanten Umverteilung zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Ausgaben zulasten letzterer geführt hat (vgl. Hellmann 2003: 44-45 sowie Sauer 2003). Zusammen mit der zunehmend verbreiteten Auffassung, dass für sogenannte „Scheckbuchdiplomatie“ kein Geld mehr da sei (und insofern die Entsendung von Streitkräften im Rahmen internationaler Interventionen also auch kostengünstiger war¹⁶),

¹⁶ Vgl. hierzu die Rede Schröders zum Wahlkampfauftritt im August 2002 (Schröder 2002b): „Wer glaubt, dieses Land, diese Regierung würde erneut den bequemen Ausweg gehen, nämlich den, der unter Kohl gang und gäbe war, wir bleiben draußen, aber wir zahlen – seinerzeit waren es 18 Milliarden Mark -, der irrt. Dem sage ich, dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land. Wir haben uns nicht gescheut, im Kampf gegen den Terrorismus internationale Solidarität zu üben. Wir haben das getan, weil wir von der Notwendigkeit überzeugt waren. Und weil wir wussten, die Sicherheit unserer Partner ist auch unsere Sicherheit. Aber eines sagen wir genauso

gleichzeitig aber auch das Image als „drittgrößter Beitragszahler und zweitgrößter Truppensteller“¹⁷ in den Vereinten Nationen im Kontext der Bewerbung um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat keinen Schaden nehmen durfte, lief diese veränderte Rahmenbedingung darauf hinaus, Einsparungen dort zu mobilisieren, wo dies ohne Rückwirkungen auf übergeordnete Ziele möglich war. Zum einen führte dies nach 1990 zu beträchtlichen Einschnitten im Verteidigungshaushalt, dessen Anteil am Bundeshaushalt sich von 21,5 Prozent in 1990 auf knapp über zwölf Prozent in 2003 fast halbierte – eine Tendenz, die sich auch in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün fortsetzte. Zum anderen verstärkte sich der Ruf nach einer Umverteilung in der EU, die „die materiellen Ressourcen eines Nettozahlers wie Deutschland nicht über Gebühr beansprucht“ (Schröder 2002d; vgl. ferner Bergius/Pries 2003). Auch diese Entwicklungen ließen die Anreize steigen, nach innen wie nach außen gerichtete Ressourcenmobilisierungsstrategien zu wählen (also z.B. die Reduzierung von Beitragszahlungen zu internationalen Organisationen oder die Rückführung von Truppendislozierungen im Rahmen internationaler Interventionen), die in der realistischen Tradition als eine Form machtpolitischer Selbstbehauptung verstanden werden (vgl. Mastanduno/Lake/Ikenberry 1989).

Die Effekte dieser strukturellen Veränderungen im internationalen wie auch im innerstaatlichen Umfeld waren widersprüchlich: einerseits erschien Deutschland mächtiger als jemals zuvor: vereint (und damit beträchtlich vergrößert) im Zentrum eines neuen Europa, befreit von alten Abhängigkeiten, versöhnt mit seinen Nachbarn und keiner direkten externen Bedrohung mehr ausgesetzt. Damit einhergehend war das politische Gewicht in den wichtigsten europäischen Institutionen sichtbar gewachsen. Mit der weiteren politischen Stabilisierung einer europäischen Friedenszone, in deren Zentrum ein ökonomisch geschwächtes Deutschland lag, wurde Mitteleuropa aber andererseits aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage abgedrängt – und damit unwichtiger.

Entscheidend war vor dem Hintergrund dieser strukturellen Rahmenbedingungen, welchen Kurs die politisch Handelnden einschlugen. In der Kategorie der Akteure lassen sich hierbei grob drei Gruppen unterscheiden: (a) die deutsche Gesellschaft als kollektiver Akteur, deren außenpolitischen Ziele und Präferenzen sich u.a. im außenpolitischen Diskurs manifestieren (wie er sich etwa in Meinungsumfragen, in den Medien oder im Parlament abbildet); (b) die politischen Entscheidungsträger im engeren Sinne, d.h. jene, die die politische Ver-

selbstbewusst: Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende“.

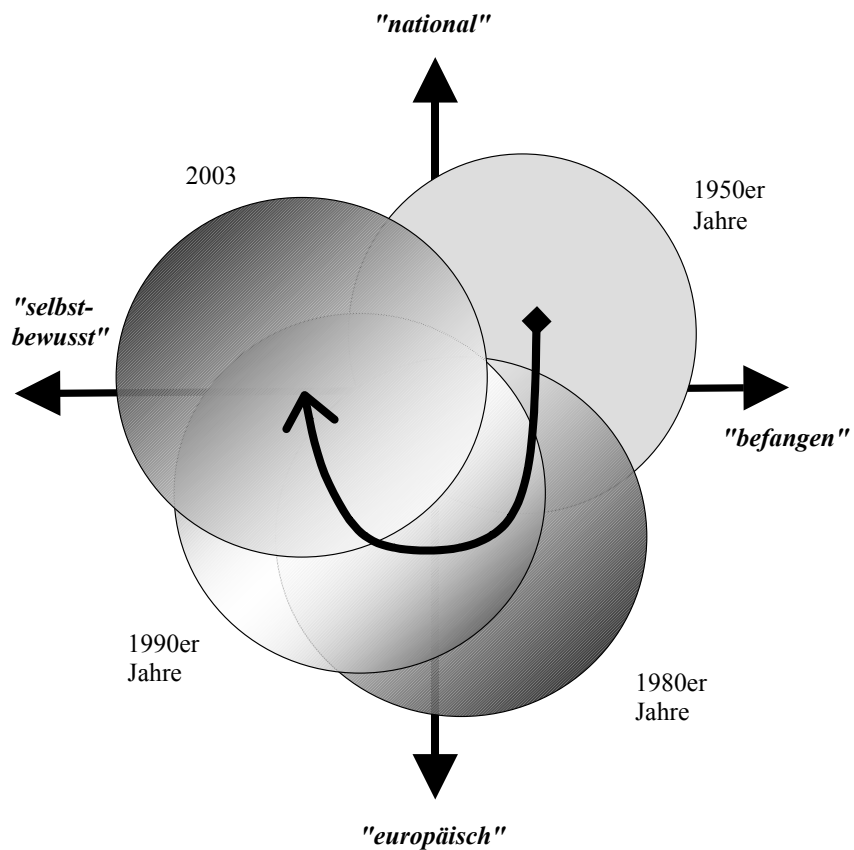
¹⁷ Vgl. etwa die entsprechende Aussage von Joschka Fischer, zit. nach Die Tagesschau, Feste Sitze im Sicherheitsrat, von Thomas Reinke, 22.09.2004, <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3635986,00.html> [23.9.2004].

antwortung für die Außenpolitik tragen (im Wesentlichen also der Bundeskanzler aufgrund seiner Richtlinienkompetenz sowie die primär zuständigen Minister); und (c) die professionellen Außenpolitiker im weiteren Sinne, also die Diplomaten und Soldaten, die das außen- und sicherheitspolitische Alltagsgeschäft besorgen. Über die dritte Gruppe ist nicht zuletzt deshalb wenig bekannt, weil sich der politikwissenschaftliche Zugang zu ihrer Tätigkeit in forschungspraktischer Hinsicht schwierig darstellt und bislang wohl auch aus anderen forschungsstrategischen Gründen wenig attraktiv zu sein scheint. Insofern ist es schwer darüber zu urteilen, inwieweit die forcierte machtpolitische Selbstbehauptung der letzten Jahre ursächlich auf das Handeln dieser Gruppe zurückgeführt werden kann. Allerdings finden sich aufgrund einer auf zahlreichen detaillierten Interviews mit Diplomaten beruhenden Dissertation über das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat etliche Anhaltspunkte dafür, dass vor allem in diesem Fall der bürokratische Apparat mit langem Atem und systematischer Bearbeitung der politischen Führung darauf hingearbeitet hat, dieses Vorhaben zu einem vorrangigen Ziel deutscher Außenpolitik zu machen (vgl. Andreae 2002; Hellmann 2004b: 482-483).

Mindestens genauso wichtig erscheint zweitens, was sich als breitere Verschiebungen im außenpolitischen Diskurs seit der Vereinigung beschreiben lässt. Wenn man hierzu gängige empirische Daten heranzieht (z.B. Meinungsumfragen, Medienanalysen oder die Rekonstruktion der sprachlichen Repräsentation von Außenpolitik wie sie sich etwa in Parlamentsdebatten spiegelt) wird deutlich, wie sehr sich hier die Gewichte in den letzten fünfzehn Jahren verschoben haben. Wollte man wichtige Dimensionen solcher Verschiebungen bildlich darstellen, wäre die Darstellung in Abbildung 1 eine solche Möglichkeit.

In dieser Abbildung steht die Längsachse für ein Kontinuum von Einstellungen und Überzeugungen, die sich um das Verhältnis der Deutschen zu sich selbst und ihren Partnern drehen. Verkürzt könnte man die Pole dieser Achse als „national“ versus „europäisch“ bezeichnen. Die Querachse würde im Verhältnis dazu für ein Kontinuum von Einstellungen und Überzeugungen stehen, die beschreiben, wie die Deutschen sich selbst im Hinblick auf ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sehen. Der eine Pol mit dem Stichwort „Befangenheit“ stünde für jene Überzeugung, die eine starke historische Prägung wie auch eine anhaltende Verantwortung deutscher Außenpolitik an den Verbrechen des Dritten Reiches festmacht. Am anderen Ende würde „Selbstbewusstsein“ jenen Gegenpol von Überzeugungen markieren, die die Deutschen nicht nur als „ein normales Volk“ beschreiben, sondern ihnen in der internationalen Politik auch vergleichbare Rechte und Pflichten zuschreiben wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien.

Abbildung 1: Koordinaten und Spektren des außenpolitischen Diskurses in Deutschland



Würde man in diesem Koordinatensystem grob die Zentren und Grenzen des außenpolitischen Diskurses in den letzten Jahrzehnten verorten wollen, würde man die 1950er Jahre wohl zu großen Teilen rechts oben, die 1970er eher rechts unten, die 1980er Jahre etwas verschoben nach links oben und das Zentrum des heutigen Diskurses auf der Mitte der Querachse links verorten. Mit anderen Worten: aus den „national-befangenen“ Anfängen der Bonner Republik hat sich der Diskurs zunächst langsam, aber dann immer schneller in Richtung „unbefan-

gen-selbstbewusst“ verschoben. In Meinungsumfragen¹⁸ äußerte sich dies in den letzten vier Jahren häufiger in zustimmenden Voten zu spezifischen Fragen der Außenpolitik, am deutlichsten etwa in der Unterstützung ihres Irak-Kurses. Aber auch systematische Untersuchungen zu Veränderungen des außenpolitischen Diskurses (vgl. Weber/Sauer/Schirmbeck/Hellmann 2005) stützen die These, dass sich nicht nur das Weltbild der Deutschen, sondern auch ihre Vorstellungen davon verändert haben, welche Rolle Deutschland in dieser Welt spielen soll, und diese Verschiebungen zumindest den Boden bereiten, auf dem eine Politik der machtpolitischen Selbstbehauptung gedeihen kann.

Entscheidend für die konkrete Ausprägung der deutschen Außenpolitik während der zweiten Amtszeit von Rot-Grün erscheint jedoch die Ebene der politisch Verantwortlichen – und hier in erster Linie der Bundeskanzler persönlich. Außenminister Fischer, der in der ersten Amtsperiode zumindest in der Europapolitik noch gewisse Freiräume hatte, war in der zweiten Amtszeit in seinem Wirkungskreis weitgehend auf das Routinegeschäft der deutschen Außenpolitik bzw. die Umsetzung der im (oder zumindest gemeinsam mit dem) Kanzleramt festgelegten großen Linien reduziert. Die mit zunehmender Regierungszeit schon für frühere Bundeskanzler beobachtete graduelle Machtverlagerung vom AA in das Kanzleramt (vgl. Hellmann 2006c: 46-47) griff also auch in der rot-grünen Koalition. Lediglich in der Nahostpolitik blieben Fischer gewisse Spielräume. Ansonsten aber waren alle wichtigen außenpolitischen Fragen „Chefsache“. Die Frage, inwieweit nun hier allerdings gerade der Bundeskanzler *persönlich* verantwortlich zeichnete, bedürfte einer eingehenden Prüfung und Untermauerung – eine Prüfung, die auch mit größerem zeitlichem Abstand und einer besseren Quellenlage nicht leicht fallen dürfte. Trotzdem deuten meines Erachtens bereits jetzt eine ganze Reihe von Anhaltspunkten darauf hin, dass vor allem das Individuum Gerhard Schröder eine zentrale Rolle für die konkrete Ausgestaltung der Politik im Rahmen jenes Möglichkeitshorizontes gespielt hat, der sich durch internationale und innerstaatliche strukturelle Rahmenbedingungen sowie durch kollektive Überzeugungen innerhalb der außenpolitischen Bürokratie und der Gesellschaft herausgebildet hatte. In allen drei skizzierten Beispielen gibt es Anhaltspunkte dafür, dass der Bundeskanzler den jeweiligen Kurs entweder selbst vorgeschlagen bzw. forciert oder entsprechende Vorschläge aus seinem Umfeld bereitwillig aufgegriffen hat – und dies durchaus im Bewusstsein seiner bereits früher geäußerten Selbsteinschätzung, dass dadurch „mit den Traditionen der alten Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik gebrochen“ würde (vgl. Schröder 2002a). Das kontrafaktische Gedankenexperiment, was gewesen wäre, wenn im Herbst 2002 Edmund Stoiber zum Bundeskanzler

¹⁸ Vgl. die Dokumentation von Meinungsumfragen zur deutschen Außenpolitik bei Hellmann 2006b.

gewählt worden wäre, legt mit einiger Plausibilität nahe, dass der scharfe Ablehnungskurs gegenüber dem Vorgehen des Bush-Administration im Irak aufgegeben, aber nicht unbedingt in sein Gegenteil verkehrt worden wäre. Wahrscheinlich hätte am Ende eine Politik gestanden, die eine aktive Beteiligung (in Form der Entsendung von deutschen Soldaten) abgelehnt, statt dessen aber umso mehr um Signale der Kooperationsbereitschaft bemüht gewesen wäre. Einen so tiefgehenden Bruch in den Beziehungen mit den USA, wie er der Regierung Schröder von der überwiegenden Mehrheit der Beobachter mittlerweile einhellig attestiert wird, hätte es unter diesen Bedingungen wohl nicht gegeben – und damit hätten sich wohl auch vielerlei Anreize bzw. Zwänge anders dargestellt, die in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün als Kompensation für die schlechten Beziehungen mit den USA zu einer stärkeren Anlehnung an US-kritische Staaten geführt hätten.

5. Schröders Weg? Perspektiven deutscher Außenpolitik nach Rot-Grün

In der Gesamtschau stellt sich das zentrale Kennzeichen deutscher Außenpolitik während der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer, die forcierte machtpolitische Selbstbehauptung, als Ergebnis eines Wechselspiels zwischen bestimmten strukturellen Anreizen bzw. Zwängen im internationalen und innerstaatlichen Umfeld einerseits und konkreten Entscheidungen andererseits dar, die auch anders hätten ausfallen können. Diese Entscheidungen, so eine der zentralen Vermutungen, sind vor allem deshalb so ausgefallen, wie sie ausgefallen sind, weil die politische Führung (und hier insbesondere der Bundeskanzler) die Möglichkeit sah, Deutschland im Konzert der Großmächte als einen eigenständigen Akteur neu zu positionieren, der den Gang weltpolitischer Entwicklungen in seinem Sinne und zu seinem (auch machtpolitischen) Vorteil beeinflussen könnte.

Dieser Zusammenfluss struktureller wie auch akteursbezogener Faktoren lässt die neuere Entwicklung in der Rückschau geradezu als überdeterminiert erscheinen. Inwieweit dies tatsächlich der Fall ist, lässt sich an dieser Stelle genauso wenig im Detail prüfen wie die Frage, wie der kausale Anteil der einzelnen Faktoren genauer zu gewichten ist. Die These, dass der Einfluss des *Individuums* wie auch des *Amtsträgers* Gerhard Schröder die Geschehnisse deutscher Außenpolitik wesentlich geprägt hat, wurde jedenfalls durch die Entwicklungen deutscher Außenpolitik in den ersten Monaten der Regierung Merkel-Müntefering zumindest insofern eindrucksvoll bestätigt, als auch die neue Bundeskanzlerin der Außenpolitik einen sehr persönlichen, allerdings in eine ganz andere, teilweise diametral entgegen gesetzte Richtung weisenden Stempel aufdrückte. Bemerkenswert war nicht nur, wie schnell Merkel die mit dem neuen Außenmi-

nister (und früheren engen Kanzlermitarbeiter) Frank-Walter Steinmeier assoziierte Kontinuität Schröder'scher Außenpolitik¹⁹ durch ihre Reisen zu den wichtigsten Partnern und Verbündeten dementierte²⁰, sondern auch, wie einfach es schien, den Kurs an wichtigen Stellen in kurzer Zeit aufgrund veränderter individueller Präferenzen im Kanzleramt neu zu justieren. An etlichen Stellen nimmt sich dieser neue Kurs als eine bewusste Abkehr von jener nach außen offen zur Schau gestellten machtpolitischen Selbstbehauptung aus, die Bundeskanzler Schröder bis zuletzt propagierte.²¹

Wenn die hier vorgelegte Analyse allerdings stimmt, dann wird sich auch die Position einer Bundeskanzlerin Merkel in einem breiteren Umfeld aus strukturellen wie auch akteursorientierten Anreizen und Zwängen bewähren müssen. An diesen Zwängen und Anreizen hat sich seit dem Regierungswechsel nichts Wesentliches verändert. Manche Anzeichen – etwa im Blick auf die chronische innerstaatliche Ressourcenknappheit, die anhaltende institutionelle Krise der EU oder die sich zuspitzende Krise im Atomstreit mit dem Iran – deuten vielmehr auf ein Umfeld hin, das zivilisierungspolitische im Vergleich zu machtpolitischen Strategien keineswegs stärker prämiert. Gerade die scheinbare Leichtigkeit der Merkel'schen Kurskorrektur unterstreicht allerdings nochmals die Bedeutung, die die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler für die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik hat. Und gerade weil sie sich in dieser Hinsicht von Intuitionen leiten zu lassen scheint, die jenen Gerhard Schröders diametral entgegengesetzt sind, könnten die kommenden Jahre interessantes Anschauungsma-

¹⁹ Vgl. Meng 2005 sowie Rubner 2005; vgl. ferner die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD („Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“) vom 11.11.2005, Zeile 6108f.: „In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten.“ Vgl. schließlich Medienberichte (Der Spiegel 2005), denen zufolge die CDU-Führung schon frühzeitig „eine Abkehr von der Schröderschen Außenpolitik“ plante und sie dies vor allem deshalb nicht zu einem Thema des Koalitionsvertrags hatte machen wollen, weil dies „nur die Atmosphäre belastet“ hätte. Die neuen Akzentsetzung sollte dabei u.a. die Aufgabe des Anspruches einschließen, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden.

²⁰ Vgl. hierzu auch die Einschätzung in wichtigen osteuropäischen Außenministerien zum Kontrast zwischen Gerhard Schröder einerseits und seiner Nachfolgerin andererseits (Dempsey 2006).

²¹ Vgl. hierzu eine der letzten Pressemitteilungen des Bundeskanzleramtes unter Gerhard Schröder zu seiner „letzten öffentlichen Rede als Bundeskanzler“. In einer „Bilanz seiner 7-jährigen Amtszeit“ habe Schröder „insbesondere in der Außenpolitik und in der Reformpolitik“ darauf verwiesen, dass auch „die künftige Koalition in einer großen Kontinuität zur Politik der scheidenden Bundesregierung“ stehe. Als Vermächtnis seiner Amtszeit merkte Schröder zudem an, dass „Deutschland die Konsequenzen daraus gezogen (habe), dass es als wiedervereinigtes Land die gleichen Rechte im Bündnis, aber auch die gleichen Pflichten in der Staatengemeinschaft hat“ (vgl. Bundeskanzleramt 2005). Im Kontrast zu dieser Selbstbeschreibung legte sogar Frank-Walter Steinmeier als neuer Außenminister bald nach dem Wechsel Wert auf die Feststellung, die „Selbstbewusstseins“-Rhetorik Schröders mit alten Assoziationen zu „Bonner“ Tugenden zu verknüpfen (vgl. Steinmeier 2006).

terial für die (strukturellen bzw. akteursorientierten) Quellen deutscher Außenpolitik liefern.

Literatur

- Agence France Presse (German), 2005: Russland und Deutschland besiegeln Gasleitung durch Ostsee, 8.9.2005.
- Allensbach, Institut für Demoskopie, 2005: IfD-Umfrage Nr. 7070 vom Mai 2005.
- Andreae, Lisette, 2002: Reform in der Warteschleife. Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat? München.
- Aron, Raymond, 1986 (1962): Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt/Main.
- Auswärtiges Amt, 2006: Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes „Bundesminister Steinmeier zum 1. Krisenpräventionsbericht der Bundesregierung“ vom 31.5.2006, verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2006/060531-Krisenpraevention.html> [2.6.2006].
- Bahr, Egon, 2004: „Wir müssen lernen, wieder eine normale Nation zu sein“, Interview mit Egon Bahr, in: Junge Freiheit, Nr. 46, 5.11.2004.
- Bahr, Egon, 1998: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München.
- Bergius, Michael/Pries, Knut, 2003: Jenseits des Sentimentalen. Nach dem Verfassungszank geht es in der EU ums Geld, und die Nettozahler, Berlin an der Spitze, sind in knausriger Stimmung, in: Frankfurter Rundschau, 17.12.2003, 3.
- Bundeskanzleramt, 2005: Gerhard Schröder: Kontinuität in den wichtigen Bereichen, Pressemitteilung vom 19.11.2005, verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/artikel-,413.919173/Gerhard-Schroeder-Kontinuitaet.htm> [20.11.2005].
- Bundesregierung, 2004: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin, 12. Mai 2004, verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Aktionsplan-Volltext.pdf> [23.9.2005].
- Buras, Piotr/Longhurst, Kerry, 2004: The Berlin Republic, Iraq, and the Use of Force, in: European Security 13: 3, 215-245.
- Busch, Oliver, 2005: Schrumpfendes Land mit wachsenden Ambitionen, in: Junge Freiheit, Nr. 39, 23.9.2005.
- Busse, Nikolas, 2005: Das Völkerrecht ist undemokratisch, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.9.2005, 15.
- Dalgaard-Nielsen, Anja, 2003: Gulf War: The German Resistance, in: Survival 45:1, 99-116.
- Dempsey, Judy, 2006: Fulfilling vow, Merkel looks east, in: International Herald Tribune, 2.2.2006.
- Der Spiegel, 2005: Kurswechsel auf Samtpfoten, in: Der Spiegel, Nr. 44, 31.10.2005, 19.
- Donath, Klaus-Helge/Lesser, Gabriele, 2005: Pipeline schlägt Wellen, in: taz, 9.9.2005, 3.

- Ehlers, Kai, 2005: Seebeben an der Ostsee? Verfügbar unter <http://www.kai-ehlers.de/Artikel/2005/0512seebeben.html> [15.1.2006].
- Fischer, Joschka, 2005: „Ich war einer der letzten Rock’n’Roller der deutschen Politik“. Interview mit Fischer in: taz, 23.9.2005: 3-5.
- Forsberg, Tuomas, 2005: German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation? In: Security Dialogue 36: 2, 213–231.
- Götz, Roland, 2005: Die Ostseegaspipeline. Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel? SWP-Aktuell 41/2005 (September), verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=4987 [15.1.2006].
- Götz, Roland, 2006: Deutschland und Russland – „strategische Partner“?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 11/2003), 14-23.
- Griesbach, Alexander, 2005: „Nicht über die Köpfe unserer Nachbarn hinweg“, in: Junge Freiheit, Nr. 38, 16.9.2005, 11.
- Habermas, Jürgen, 1999: Rortys patriotischer Traktat, in: Süddeutsche Zeitung, 27./28.2.1999.
- Habermas, Jürgen, 2004: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in: Ders.: Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X, Frankfurt am Main, 113-178.
- Hacke, Christian, 2003: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 24-25/2003), 8-16.
- Hacke, Christian, 2005: Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 32-33/2005), 9-15.
- Harnisch, Sebastian, 2004: Bound to fail? Germany’s Iraq Policy in the Iraq Crisis 2001-2003, in: Stosunki Miedzynarodowe 29: 1-2, 57-83, verfügbar unter <http://www.ism.uw.edu.pl/harnisch.pdf> [13.4.2005].
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W., (Hrsg.) 2001: Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic, Manchester/New York.
- Hedstück, Michael/Hellmann, Gunther, 2003: „Wir machen einen deutschen Weg.“ Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik, in: Bernd Kubbig et al. (Hrsg.), Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt am Main/New York, 224-234 (erweiterte Fassung verfügbar unter <http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/irak.pdf> [12.03.2003]).
- Hellmann, Gunther, 1996: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: Mershon International Studies Review 40:1, 1-39.
- Hellmann, Gunther, 2003: Agenda 2020. Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik, in: Internationale Politik 58: 9, 39-50.
- Hellmann, Gunther, 2004a: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends 42, 79-88.
- Hellmann, Gunther, 2004b: Ex occidente Lux...: Warum der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat schlecht begründet ist und wie Deutschland auf anderem Wege „dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen“ kann, in: Politische Vierteljahresschrift 45:4, 479–493.

- Hellmann, Gunther (Hrsg.), 2006a: Germany's EU Policy in Asylum and Defence: De-Europeanization by Default? Houndmills, Basingstoke.
- Hellmann, Gunther, 2006b: Europäisches Deutschland oder deutsches Europa? Deutsche Wege in der Außen- und Sicherheitspolitik seit der Vereinigung 1990, in: Jürgen Weber (Hrsg.), 15 Jahre deutsche Einheit, München (im Erscheinen).
- Hellmann, Gunther (unter Mitarbeit von Rainer Baumann und Wolfgang Wagner) 2006c: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Hellmann, Gunther/Rees, Ulrich, 2006: Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Analyse eines Irrweges, Berlin (in Vorbereitung).
- Klau, Thomas, 2005: Bye-bye, au revoir, Señor Fischer! Der grüne Außenminister hinterlässt eine gemischte Bilanz – aber er hat die Republik erwachsen gemacht, in: Financial Times Deutschland, 22.9.2005, 26.
- Klein, Markus/Rosar, Ulrich 2005: Die Wähler ziehen Bilanz: Determinanten der Wahlteilnahme und der Wahlentscheidung, in: Manfred Güllner (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik, Wiesbaden, 181-198.
- Krägenow, Timm, 2005: „Ein mittelgroßer Kanzler“. Interview mit Timothy Garton Ash, in: Financial Times Deutschland, 11.10.2005, 2.
- Lang, Kai-Olaf, 2005a: Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer „Ostpolitik“, SWP-Aktuell Nr. 22/2005 (Mai), verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1287 [15.1.2006].
- Lang, Kai-Olaf, 2005b: Machtwechsel in Warschau. Kurswechsel in der Außenpolitik? SWP-Aktuell Nr. 53/2005 (Dezember), verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1493 [15.1.2006].
- Leggewie, Claus, 2005: Wie weiter nach Joschka?, in: taz, 5.9.2005, 11.
- Lohse, Eckhart, 2004: „Finster entschlossen“. Berlin will ständigen Sicherheitsratssitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Mai 2004, 1-2.
- Malzahn, Claus Christian, 2005: Der Zwischenkanzler, in: Spiegel Online, 12.10.2005, verfügbar unter <http://service.spiegel.de/digas/servlet/find/ON=spiegel-379027> [13.3.2006].
- Mastanduno, Michael/Lake, David A./Ikenberry, G. John, 1989: Towards a Realist Theory of State Action, in: International Studies Quarterly 33:4, 457-474.
- Mauß, Hanns W., 1990-91: Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs 69:5, 91-106.
- Mauß, Hanns W., 1992: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv 47:10, 269-278.
- Mauß, Hanns W. 2004: „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik auf dem Prüfstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 11/2004), 17-23.
- Mearsheimer, John, 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York.
- Meng, Richard, 2005: Mann aus dem Schatten, in: Frankfurter Rundschau, 14.10.2005, 3.
- Neujahr, Doris, 2005: Der Abschied. Rot-Grün: Die letzte linke Illusion der alten Bundesrepublik geht dahin, in: Junge Freiheit, Nr. 38, 16.9.2005, 3.
- Perger, Werner A., 2005: Grimmige Bilanz, in: Die Zeit, Nr. 24, 9.6.2005.

- Peters, Dirk, 2001: The Debate about a New German Foreign Policy After Unification, in: Volker Rittberger (Hrsg.) 2001: German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies, Manchester, 11-33.
- Pries, Knut, 2005: Instinkt-Strategen, in: Frankfurter Rundschau, 7.9.2005, 2.
- Quandt, Markus, 2005: Neue Themen, neue Lage: Irak-Krise und Elbhochwasser als wahlentscheidende Ereignisse?, in: Manfred Güllner (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik, Wiesbaden, 161-180.
- Rittberger, Volker (Hrsg.), 2001: German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies, Manchester.
- Rosecrance, Richard, 1987: Der Neue Handelsstaat. Herausforderung für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/Main.
- Ross, Jan, 2005: Im Namen der Pose. Aus dem Europa der Krise fährt der Kanzler nach Washington. Was bleibt von sieben Jahren rot-grüner Außenpolitik? in: Die Zeit, Nr. 26, 23.6.2005.
- Rubner, Jeanne, 2005: Steinmeier und die Kontinuität, in: Süddeutsche Zeitung 15.10.2005, 6.
- Ruggie, John G., (Hrsg.) 1993: Multilateralism Matters. The Theory and Praxis of an Institutional Form, New York.
- Sauer, Frank, 2003: Daten zu den Ausgaben des Bundes für die Außenpolitik Deutschlands im Zeitraum 1981-2001, zusammengestellt für Gunther Hellmann, Agenda 2020. Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik, in: Internationale Politik, 58:9, 39-50.
- Schöllgen, Gregor, 1993: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin.
- Schöllgen, Gregor, 2003: Der Auftritt. Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne, München.
- Schöllgen, Gregor, 2005a: Deutsche Außenpolitik in der Ära Schröder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 32-33/2005), 3-8.
- Schöllgen, Gregor, 2005b: Auf dem Boden einer neuen Wirklichkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2005.
- Schröder, Gerhard, 1999: Eine Außenpolitik des „Dritten Weges“? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50:7-8, 392-396.
- Schröder, Gerhard, 2002a: Rede beim Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 2002 in New York, verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/rede,-68583/Rede-von-Bundeskanzler-Gerhard.htm> [6.7.2002].
- Schröder, Gerhard, 2002b: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt am Montag, 5. August 2002, in Hannover, <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1019520/Schr%F6der%20Rede%20Wahlkampf-auftaktHannover.doc> [13.2.2003].
- Schröder, Gerhard, 2002c: Meine Vision von Deutschland, in: Bild-Zeitung, 08.08.2002.
- Schröder, Gerhard, 2002d: Rede in der Haushaltsdebatte vor dem Deutschen Bundestag am 4. Dezember 2002 in Berlin, in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 99-1 vom 4.12.2002,

- Schröder, Gerhard, 2005: Rede im Zusammenhang des Tagesordnungspunktes „Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes“ Plenarprotokoll 15/185 vom 1. Juli 2005, 17465B-17469B.
- Schwarz, Hans-Peter, 1999: Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent, in: *Internationale Politik* 54:11, 1-10.
- Schwarz, Hans-Peter, 2005: *Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin.
- Senghaas, Dieter, 1994: *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz*, Frankfurt.
- Staack, Michael, 2006: Deutschland als Wirtschaftsmacht, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Steinmeier, Frank-Walter, 2006: 'Ich empfehle eine selbstbewußte Bescheidenheit'. Außenminister Frank-Walter Steinmeier über Stil und Inhalt seiner Politik, den Atomkonflikt mit Iran, die Lage im Irak und die europäischen Perspektiven“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.3.2006, 6.
- Ströhm, Carl G., 2003: Sicherer Instink [sic!]. Rot-Grün unternimmt zaghaft den Versuch, außenpolitisch souverän zu werden, in: *Junge Freiheit*, Nr. 9, 21.2.2003.
- Stürmer, Michael, 2002, Es deutsch so deutsch, in: *Die Welt*, 8.8.2002.
- Szabo, Stephen F., 2004: *Parting Ways. The Crisis in German-American Relations*, Washington, D.C.
- Treitschke, Heinrich von, 1897: *Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin*, 1. Band, hrsg. von Max Cornicelius, Leipzig.
- Waltz, Kenneth N., 1979: *Theory of International Politics*, New York.
- Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja/Hellmann, Gunther, 2005: „Normal“ und „selbstbewusst“: Zur Analyse des außenpolitischen Vokabulars der Berliner Republik als Fährte einer außenpolitischen Neuorientierung, Papier vorgestellt auf der Tagung der Sektion Internationale Politik in Mannheim, 6.-8. Oktober 2005.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2005: Was bleibt von Schröder, in: *Die Zeit*, Nr. 47, 17.11.2005.
- Winkler, Heinrich August, 2005: „Wir brauchen einen aufgeklärten Patriotismus“. Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler über Leitkultur, rot-grüne Verdienste und die Chancen der großen Koalition, in: *Stuttgarter Zeitung*, 3.12.2005.